

Haushaltsrede 2016 von Ludwig Däubler, „Aktive Bürger Liste“, Oettingen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, wertvolle Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, geschätzte Vertreter der Verwaltung, sehr verehrte Damen und Herren aus der Bürgerschaft!

Nach Sichtung der Haushaltsunterlagen und ersten Überlegungen dazu habe ich mir die Frage gestellt: Kann man einem solchen Haushalt zustimmen? Nun, man kann, sofern man ihn mit aufgestellt hat und meint, das Beste in der derzeitigen Situation erreicht zu haben. Man sollte aber, aus meiner Sicht, eher nicht, weil dieser Haushalt genau das widerspiegelt, was besonnene Stadträte vorausgeahnt haben und wovor auch immer wieder gewarnt wurde.

Sparwillen ist bei der „Koalition der Unwilligen“ vorzugsweise bei der Einsparung eines Ausschusssitzes für die ABL zu erkennen, dort aber ist er unangebracht, weil er eine Mißachtung des Wählerwillens darstellt.

Der Haushalt 2016 zeigt nur optisch im rein städtischen Kernbereich keine Neuverschuldung, da diese ins nächste Jahr verschoben wurde. Der Gesamtschuldenstand der Stadt, welcher letztendlich entscheidend ist, steigt voraussichtlich auch in diesem Jahr, sogar deutlich.

Das Ganze nach einer selten guten Einnahmesituation in den letzten Jahren mit, man beachte, sogar Rekordeinnahmen.

Es scheint tatsächlich zu stimmen, was F. J. Strauß einmal gesagt hat: „Sicher ist ihnen das Wort Schumpeters bekannt, dass sich eher ein Mops einen Wurstvorrat halten kann, als dass ein Parlament darauf verzichtet, vorhandenes Geld auszugeben“. Dieses Fehlverhalten der letzten Jahre holt uns jetzt ein.

Die Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt ist immer noch gesetzwidrig, trotzdem wurde sie dieses und sogar schon nächstes Jahr eingeplant. Dazu eine Anmerkung von Lars Holtkamp, einem deutschen Politik- und Verwaltungswissenschaftler: „Allein die erhebliche Varianz von Haushaltsdefiziten bei Kommunen mit ähnlichen sozioökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen verweist darauf, dass ein nicht unerheblicher Teil der Verschuldung im Verwaltungshaushalt in einigen Kommunen auch hausgemacht - also von den kommunalen Akteuren selbst zu verantworten - ist“.

Probleme im Verwaltungshaushalt bedeuten, daß die Stadt ärmer wird und sie sind hausgemacht, weil z. B. keine Rücklagen rechtzeitig für eine vorhersehbare schwierige Situation gebildet wurden.

Ich sehe auch keine notwendige Zuführung an die allgemeine Rücklage als Reserve für durchaus mögliche Problemfälle im Laufe dieses Jahres, aber diesbezüglich verläßt man sich anscheinend lieber auf die unerfreuliche Möglichkeit eines Nachtragshaushalts.

Der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt beträgt diesmal rund 1,5 Mill., dazu erinnere ich an die kritische Stellungnahme der Aufsichtsbehörde zum Haushalt 2012.

In der Genehmigung des Haushalt 2015 durch das LRA sind ebenfalls mahnende Hinweise zu finden.

Der Verwaltungshaushalt krankt wohl auch daran, daß die vor Jahren sowieso nur halbherzig angegangene Verwaltungsvereinfachung letztendlich im wesentlichen nur aus publikumswirksamen Sprüchen bestand, denen keine echten Taten folgten. Dabei gibt es dort durchaus Potential für Verbesserungen.

In diesem Zusammenhang darf ich an den Vortrag des Herrn Bürgermeister Spahl aus Rednitzhembach erinnern. Zusätzlich empfehle ich einen kurzen vergleichenden Blick in den dortigen Haushalt 2016, welcher übrigens bereits Ende 2015 verabschiedet wurde. Dort werden sogar, man höre und staune, allgemeine Rücklagen gebildet, welche nicht vollständig aufgelöst werden müssen.

Im Gegensatz zu einem solchen Beispiel wird Oettingen immer ärmer.

Zu beanstanden ist weiterhin, daß beträchtliche Fehlbeträge im kommunalen Haushalt für die nächsten Jahre schon eingeplant sind. Eine weitere Neuverschuldung bis 2019 könnte die Folge sein und wurde bereits angedacht.

Auch diesem Haushalt fehlt also der Wille zu konsequenten Ausgabenkürzungen und Schuldenabbau, letztes Jahr habe ich gefragt, „... wenn nicht jetzt, wann denn dann?“. Die Antwort kommt heute: Nicht in dieser Wahlperiode, sondern eher am „Sanktnimmerleinstag“.

Der prozentuale Anteil von Zins und Tilgung am Verwaltungshaushalt bewegt sich bereits im kritischen Bereich.

Nebenbei, auch der Höchstsatz von 2 Mill. für Kassenkredite scheint mir sehr hoch zu sein.

Wo bleibt übrigens das von der Aufsichtsbehörde immer wieder geforderte Haushaltskonsolidierungskonzept? Dieses Verlangen aus dem Landratsamt kommt inzwischen mit unschöner Regelmäßigkeit.

Manchmal dient auch der Blick in andere vergleichbare Kommunen der Horizonterweiterung und hilft in Problemsituationen weiter. Ich frage mich z. B., wie gleichartige Städte zu echtem Schuldenabbau kommen und das nicht nur durch teils auffallend hohe Gewerbesteuerereinnahmen.

Der meines Erachtens unnötige Schulneubau mit der genauso unnötigen wie fragwürdigen sogenannten Neugestaltung des Oettinger Hofgartens mit Beseitigung des angeblichen „städtebaulichen Mißstandes“ trägt dazu bei, daß so manche wünschenswerte Investition zumindest derzeit unterbleiben muß. Entsprechende Aussagen zu diesem Bereich gibt es z. B. vom Landratsamt und vom Bund der Steuerzahler.

Als Folge von nach meiner Meinung seit Jahren manchmal falschen Zielsetzungen kann wohl momentan folgendes leider nicht verwirklicht werden wie z. B. die Sanierung des „Reithaus“, dort sind sogar bis 2019 keinerlei Maßnahmen eingeplant, will man wirklich warten, bis es einfällt? Die inzwischen veränderte Situation mit dem verbundenen privaten Gebäudeteil müsste zeitnah wenigstens überlegt werden. Ähnlich gelagert die massiven Probleme mit beträchtlichen Teilen der Innenstadt, auch dort wäre es notwendig, wesentlich mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um den offensichtlichen Verfall zumindest zu stoppen.

Aktive Gewerbeentwicklung und -förderung werden offensichtlich bereits zu Grabe getragen, erkennbar daran, daß kein Geld für Gewerbegebietsplanung bis 2019 eingestellt wurde, eine offensive Arbeitsplatzförderung von Neuansiedlungswilligen wird anscheinend nicht mehr gewünscht. Soll es bei entsprechenden Anfragen Achselzucken und Abweisung geben? Wir hatten schon mal so einen Fall, dann herrschen große Aufregung und der Zwang, in kürzester Zeit „zu Potte zu kommen“, was die Gefahr einer Fehlentscheidung nur vergrößert. In unserer Lage wäre es wohl sinnvoller, die übereilte Ausweisung eines teuren neuen Wohnbaugebiets der Möglichkeit künftiger Mehreinnahmen durch Gewerbesteuer und Arbeitsstellenmehrung unterzuordnen.

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen, ich möchte keineswegs in Abrede stellen, daß sie versucht haben, unter schwierigen Umständen einen brauchbaren Haushaltsplan aufzustellen, aber aus all den vorgenannten Gründen kann ich guten Gewissens und in Verantwortung gegenüber kommenden Generationen dem Haushalt 2016 nicht zustimmen.

Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, ich schließe meine Stellungnahme mit einem Zitat von Manfred Rommel, dem langjährigen Oberbürgermeister Stuttgarts:

„Finanzpolitik ist, wenn mehrere Personen ein Ganzes so verteilen wollen, dass zehn je ein Viertel bekommen und einer weiß, daß das nicht geht, aber überstimmt wird“.

Herzlichen Dank!

Ludwig Däubler, Stadtrat ABL